

Aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung

Mitgliederversammlung von OWUS Berlin-Brandenburg

Auf unserer Jahresversammlung am 11. März 2016 standen Fragen der sozialen Absicherung der Selbstständigen/Soloselbstständigen im Mittelpunkt der Debatte. Bericht, Referat des wiedergewählten Vorsitzenden, Dr. Rolf Sukowski, und Diskussion unterstrichen die Notwendigkeit, mit der Veränderung der Arbeitswelt und der stetigen Zunahme der Erwerbsarbeit durch Selbstständigkeit nach Lösungsansätzen für bezahlbare Krankenversicherungen und Altersvorsorge für die Kleinst-, Kleinunternehmer und Soloselbstständigen zu suchen. Mehr als ein Drittel der 4,2 Mio. Selbstständigen und in freien Berufen Tätigen haben Probleme, eine bezahlbare Krankenversicherung abzuschließen bzw. für das Alter Vorsorge zu treffen. Hier ist die Politik gefragt, um Altersarmut zu verhindern. In einer vom Verband und der Rosa-Luxemburg Stiftung erarbeiteten Broschüre, die auf der Versammlung vorgestellt wurde, kommen diesbezügliche Vorschläge in die Debatte. Zu einer von OWUS initiierten Fachtagung zu diesem Thema hat die Regierungsfraktion der Linken im Thüringer Landtag am 23. April 2016 nach Erfurt eingeladen. OWUS verspricht sich davon einen weiteren Zuwachs öffentlichen Interesses an diesem Thema und damit Chancen für parlamentarische Initiativen. In der Diskussion unterstrich Frau Dr. Irene Gebauer die Notwendigkeit, sich für eine Bezahlung der Lehrbeauftragten an Hoch- und Fachschulen einzusetzen, von denen diese auch leben können. Das erfordert Druck auf die Landesregierungen, um die erforderlichen Mittel bereitzustellen. Immerhin bis zu 60% der Lehrkräfte an den Hochschulen arbeiten auf entsprechender Stundensatzbasis. Gleichzeitig forderte sie mehr unbefristete Verträge für die Lehrkräfte. Zustimmung zu diesem Debattenbeitrag gab es von Matthias Bernhardt, der ebenfalls entsprechende Erfahrungen darlegen konnte und die Versammlung bestärkte, hier noch deutlicher auf die Missstände hinzuweisen.

Die Jahresversammlung zog auch eine positive Bilanz über die Ergebnisse der Gemeinwohl-Ökonomie als ein alternatives Wirtschaftsmodell auch in Berlin-

Brandenburg. Bisher haben sieben Mitgliedsunternehmen, einschließlich des Verbandes selbst, eine Gemeinwohlbilanz erstellt. Bestärkt in ihrem Bestreben, hier weitere Unternehmen zu gewinnen, wurde der Verband durch den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, der im September 2015 beschlossen hat, die Europäische Kommission aufzufordern, Unternehmen für den Nachweis höherer ethischer Leistungen wie z.B. durch Gemeinwohlbilanzen zukünftig zu belohnen. Als eine solche Belohnung eignen sich z.B. Steuervorteile, verbesserter Marktzugang und vorteilhaftere Finanzierungsbedingungen. Gleichzeitig unterstrichen Uwe Zimmermann und Rico Philipp in der Diskussion, die bisher erzielten Erfolge in der GWÖ zum Anlass zu nehmen, mit Geduld den Aufbau dieses alternativen Wirtschaftsmodells von unten voranzutreiben. Es wurde vorgeschlagen, anlässlich des 25-jährigen Bestehens von OWUS BB im Jahre 2019 eine auf die GWÖ zugeschnittene Veranstaltung in Berlin-Brandenburg durchzuführen.

Mit besonderer Freude konnte die Mitgliederversammlung die gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg Stiftung erarbeitende Broschüre zum Thema „KleinunternehmerInnen und Linke – Plädoyer für eine gemeinsame Suche nach Alternativen“,¹ entgegennehmen. Sie soll die Debatte mit linken Kräften über Vorstellungen linker Wirtschaftspolitik unterstützen.

Die Mitgliederversammlung wählte turnusgemäß einen neuen Vorstand. Einstimmig wurden Dr. Rolf Sukowski als Vorsitzender, Dr. Irene Gebauer und Robert Gadegast als seine Stellvertreter, Andrej Philipp als Schatzmeister und Jürgen Heinrich, Uwe Zimmermann sowie André Schwartz als Mitglieder des Vorstandes wiedergewählt.



Das Referat des Vorsitzenden sowie der Arbeitsbericht des Vorstandes sind auf der Homepage veröffentlicht (http://www.owus.de/owus_berlin_brandenburg.html) .

¹ <http://www.rosalux.de/publication/42184/kleinunternehmerinnen-und-linke.html>

Beratung des Vorstands des OWUS-Dachverbandes

An der Beratung am 11. März in Berlin nahmen die Mitglieder des Vorstands sowie als Gäste der Vorsitzende von OWUS Sachsen-Anhalt, Detlef Massow, sowie der stellvertretende Vorsitzende von OWUS Berlin-Brandenburg, Robert Gadegast, teil. Auf der Tagesordnung standen insbesondere Informationen über die Arbeit in den LV sowie die Situation im DV. Der Vorstand berief die Dachverbandskonferenz zur Wahl des neuen Vorstands für den 23. April 2016 nach Erfurt ein.

Die Vorsitzenden der LV aus Berlin-Brandenburg (BB), Sachsen-Anhalt (ST) und Thüringen (TH) informierten über die Situation in ihren Landesverbänden. Der LV BB informierte, dass im Januar 2016 als neues Mitglied der Verlag 8. Mai („junge welt“) aufgenommen wurde. Im Dezember 2015 hat der LV erfolgreich die Evaluierung des Gemeinwohlberichts mit –bilanz abgeschlossen. Damit ist der LV einer der ersten Unternehmerverbände in Deutschland, die sich dieser Prüfung und Testierung unterzogen haben. Ein ausführlicher Bericht über die Evaluierung (Newsletter 12/2015) sowie der Gemeinwohlbericht sind inzwischen online gestellt. Der Bericht von BB lag als Material für die am 11. März stattgefundene Mitgliederversammlung schriftlich vor und ist ebenfalls zusammen mit anderen Materialien der MV unter der o.g. Webadresse online. Der LV ST befindet sich weiterhin erfolgreich in der Konsolidierungsphase. Das Wirken in der Fläche des Landes ist in Anbetracht der geringen Mitgliederzahl jedoch äußerst schwierig. Nach den Landtagswahlen soll eine Kampagne zur Mitgliedergewinnung gestartet werden. Aktueller Schwerpunkt der Arbeit im LV TH ist die Vorbereitung des auf Initiative von OWUS TH am 23. April in Erfurt stattfindenden Fachgesprächs „Mindesthonorar für Soloselbständige – Weg oder Irrweg“. Der Ko-Fraktionsvorsitzende Dietmar Bartsch hat seine Teilnahme an diesem Fachgespräch zugesagt. Die Bemühungen, in Mecklenburg-Vorpommern eine OWUS-Struktur aufzubauen, werden fortgesetzt. Die Versuche seitens des Vorstands, auch mit Hilfe von Bundestagsabgeordneten aus BY, den dortigen LV zu reaktivieren, blieben bisher ohne Resonanz. Auch zu den Perspektiven des ehemaligen LV in HE konnte kein Ergebnis erreicht werden.

Es fand ein intensiver Meinungs-austausch zur Lage im DV und die Gestaltung seiner künftigen Arbeit statt. Dabei waren sich die Teilnehmer einig, dass die Notwendigkeit für den Erhalt eines OWUS-Dachverbandes besteht. Begründet wurde dies u.a. mit Notwendigkeit eines Ansprechpartners auf der politischen Bundesebene sowie für

die LV zum Erfahrungsaustausch und Koordinierung von Aktivitäten. Da weiterhin das Ziel besteht, in anderen Bundesländern OWUS-Strukturen aufzubauen, bedarf es einer organisatorischen Klammer und einer aktiven Koordinierungstätigkeit. Der Druck auf die Bundespolitik muss bleiben und verstärkt werden, um die inhaltlichen Zielsetzungen von OWUS wie u.a. Verbesserung der sozialen Absicherung für Solo-Selbständige und andere Kleinunternehmer, die Ausgestaltung verbesserter Rahmenbedingungen z.B. hinsichtlich Kreditgewährung, Unterstützung alternativer Wirtschaftsmodelle wie das einer Gemeinwohl-Ökonomie durchzusetzen. Angeregt wurde, dass der mitgliederstärkste Landesverband BB teilweise eine Koordinierung überregionaler Aktivitäten übernimmt. Der LV BB erklärte dazu seine Bereitschaft. Als erster Schritt soll der Newsletter des LV BB zu einem Informationsinstrument für alle OWUS-Mitglieder in den Ländern umgestaltet werden. Er soll damit auch als Möglichkeit für die Mitgliedergewinnung eingesetzt werden. Die LV und Einzelmitglieder wurden gebeten, Informationen bereitzustellen, um dem erweiterten Charakter des Newsletters gerecht werden zu können.

„Draufsicht“ – das kritische globale Fernsehen zum mitmachen

Die neue Sendung zum Thema "Obdachlosigkeit in Berlin" ist auf YouTube online (<https://youtu.be/LnEj82Jdlzs>) zu sehen. Armut ist kein Phänomen, das sich nur im Globalen Süden finden lässt. Auch hier in Deutschland leben Menschen unter der Armutsgrenze. Einige davon haben keinen festen Wohnsitz. Es gibt jedoch viele Gründe dafür, weshalb Menschen auf der Straße leben. Die Redaktion von „Draufsicht“ hat sich mit einigen von ihnen unterhalten. Uwe lebte in den 90er Jahren im frisch wiedervereinigten Berlin auf der Straße. Heute bietet er gemeinsam mit Querstadtein Stadtführungen zum Thema an. Lena erzählt mehr zur Geschichte dieses Stadtsichten e.V. . Rebecca leitet die Einrichtung "FrauenbeDacht", die sich an obdachlose Frauen richtet. Die Redaktion hat draufgeschaut, warum Angebote für Frauen wichtig sind und wie die Frauen in der Einrichtung leben. Tobias ist fast täglich mit dem Kältebus unterwegs. Wenn es besonders kalt ist, klingelt das Notfalltelefon recht häufig. In einer etwas ruhigeren Nacht wurde er bei einer seiner Touren durch Berlin begleitet.

<http://www.draufsicht.org> und <http://querstadtein.org>

Aus dem Wahlprogramm DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf

„Nahezu 90 % aller Unternehmen im Bezirk sind kleine und kleinste Betriebe. Ihre Existenz zu ermöglichen und zu unterstützen ist auch eine soziale Aufgabe von Wirtschaftspolitik. Dazu gehören eine aktive Bestandspflege und die niedrigschwellige Bereitstellung relevanter Informationen ebenso wie eine Vergabepolitik der Verwaltung, die heimischen Unternehmen im Rahmen der Möglichkeiten des Vergaberechtes die Erlangung und Realisierung von Aufträgen erleichtert. Dabei ist der jährliche Vergabebericht ein wichtiges Kontrollinstrument.

Politisch unterstützt DIE LINKE die Forderung vieler kleiner Unternehmen nach Aufhebung der Zwangsmitgliedschaft in der IHK.

DIE LINKE wird das Marzahn-Hellersdorfer Unternehmerfrühstück als Forum für Informationen ‚aus erster Hand‘ und regen Gedankenaustausch weiterführen.“

Die AfD und DIE Unternehmen – ver.di meldet:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ein erster Entwurf für das Parteiprogramm der AfD liegt seit Kurzem vor. Die Partei erweist sich darin als radikal neoliberal und arbeitnehmerfeindlich. Mit ihren wirtschafts-, sozial- und beschäftigungspolitischen Vorstellungen bedient sie die Interessen der Arbeitgeber, der Unternehmen und der Vermögenden.“

Mehr dazu in der neuen [Ausgabe Wirtschaftspolitik aktuell 4 / 2016](#).

Frage von uns: Bedient die AfD also auch die Interessen der kleinen Unternehmen und Solo-Selbständigen? Oder schließt sich das indirekt aus durch die Formulierung „die Unternehmen und die Vermögenden“? Auf unserer Mitgliederversammlung haben wir gewarnt: *„Das so genannte Kleinbürgertum mit seiner Angst vor sozialem Abstieg scheint wieder Träger dieser unsäglichen Entwicklung zu werden, wie wir sie in Dresden und bei der AfD beobachten können. Und da müssen wir gemeinsam gegensteuern.“*

Auswertung der Landtagswahlen in BW, RP und ST

u.a. „Die LINKE in der Flüchtlingskrise ...“ von Fabio de Masi (MdEP) in der „jungen Welt“

<http://www.fabio-de-masi.de/de/article/782.die-linke-in-der-fl%C3%BChtlingskrise-angriff-ist-die-beste-verteidigung.html>

„Das Erdbeben“ von Sevin Dagdelen (MdB), Alexander Ulrich (MdB) und Heike Hänsel (MdB) in der „jungen Welt“ <http://www.fabio-de-masi.de/de/article/781.ein-erdbeben.html>

Wirtschaftsinformationen

Management von Nachhaltigkeit und Ethik

Ein Vergleich von vier Ethik-Rahmenwerken: Global Reporting Initiative, Deutscher Nachhaltigkeitskodex, ISO 26000 und Gemeinwohl-Bilanz von Armin Hipper und Gerd Hofielen

Zusammenfassung:

In der deutschsprachigen Diskussion um Nachhaltigkeitsmanagement werden zunehmend die Ethik-Rahmenwerke GRI, DNK, ISO 26000 und GWÖ verglichen. Im Kern der Diskussion geht es um die Tragweite unternehmerischer Verantwortung in einer freien Gesellschaft. Dahinter steht die Frage, inwieweit die durch Unternehmen verursachten ökologischen und sozialen Leistungen und Kosten belohnt bzw. sanktioniert werden sollen. Mit Blick auf diese Frage und der Weiterentwicklung des Nachhaltigkeitsmanagements werden Vergleichskriterien eingeführt, anhand derer die vier Standards nach einer kurzen Darstellung tabellarisch verglichen werden. Der Artikel schließt mit einem Blick auf die Zukunft der Berichte zur Unternehmensverantwortung.

http://daten2.verwaltungsportal.de/dateien/seitengenerator/unternehmerische_ethik-standards_im_vergleich-v8_1.pdf

Gesetz zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens

Der von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens (BT-Drs. 18/7457) hat seine erste Lesung hinter sich gebracht. Künftig soll die Jahressteuererklärung am 28. Februar des zweiten Folgejahres vorliegen. Steuerpflichtige, die von Steuerberatern unterstützt werden, sollen zwei Monate mehr Zeit zur Abgabe der Steuererklärung erhalten.

<http://www.bundesanzeiger-verlag.de/betrifft-unternehmen/steuern-finanzen/aktuelles/news-details-finanzen/artikel/gesetz-zur-modernisierung-des-besteuerungsverfahrens-18141.html>

Missbrauchsbekämpfung bei Leiharbeit und Werkverträgen

Der Bundesrat hat (nach einem gescheiterten Vorschlag von 2013) die Bundesregierung aufgefordert, einen Gesetzesentwurf zum Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vor Ausbeutung vorzulegen. Dabei soll eine Höchstüberlassungsdauer von 18 Monaten geschaffen werden, eine gleiche Vergütung für gleiche Arbeit ("equal pay") garantiert werden und die Information des Betriebsrats verbessert werden.

<http://www.bundesanzeiger-verlag.de/betrifft-unternehmen/compliance-sicherheit/aktuelles/news-details-compliance/artikel/wieder-einmal-missbrauchsbekaempfung-bei-leiharbeit-und-werkvertraegen-18138.html>

Terminvorschau

- ? 19. April 2016 um 18 Uhr – **OWUS-Unternehmerstammtisch Berlin** mit Udo Wolf, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE im Berliner Abgeordnetenhaus, ABACUS Tierpark-Hotel, Franz-Mett-Str. 3 – 9 in 10319 Berlin-Lichtenberg: „**Regierungsbeteiligung ja – nein? Zulauf der AfD in Berlin – Der Wahlkampf hat begonnen**“;
- ? 20. April 2016 um 18 Uhr – im Rahmen der **Berliner Unternehmensgespräche** Umwelt.Ethik.Gemeinwohl von UnternehmensGrün Berlin-Brandenburg, Gemeinwohl-Ökonomie Berlin-Brandenburg und taz, die Tageszeitung „**TTIP – und der Protest von Unternehmen**“, im taz.cafe, Rudi-Dutschke-Str. 23 10969 Berlin (Anmeldungen bis 15. April bitte unter herzog@unternehmensgruen.de);
- ? 22. – 24. April 2016 – **70 Jahre „neues deutschland“**, Pressefest in Berlin, Franz-Mehring-Platz;
- ? 23. April 2016 von 10 – 14 Uhr – **Fachgespräch von OWUS Thüringen und der Fraktion DIE LINKE** im Thüringer Landtag „**Mindesthonorar für Solo-Selbstständige – Weg oder Irrweg?**“ in 99096 Erfurt, Landtagsgebäude, Jürgen-Fuchs-Str. 1 (Einladung unter Terminvorschau auf www.owus.de);
- ? 26. April 2016 um 18 Uhr – **OWUS-Unternehmerstammtisch Potsdam** mit Andrea Johlige, Sprecherin für Asyl- und Flüchtlingspolitik der Fraktion DIE LINKE im Brandenburger Landtag, Hotel Ascot Bristol, Asta Nielsen-Str. 2 in 14480 Potsdam: „**Flüchtlingspolitik im Land Brandenburg – schaffen wir das?**“

Unsere Geburtstagskinder für den April 2016

| | |
|--------------------|--------|
| Jürgen Meergans | 03.04. |
| Manfred Kietzmann | 12.04. |
| Matthias Osterburg | 18.04. |
| Lutz Amsel | 19.04. |
| André Schwartz | 19.04. |
| Heinz Schugowski | 20.04. |
| Jurek Mühlmann | 29.04. |
| Klaus Vehlow | 30.04. |

Herzlichen Glückwunsch!!!!!!

Euer OWUS Vorstand Berlin-Brandenburg

Falls Ihr den Newsletter abbestellen möchtet, sendet einfach eine Antwortmail an den Absender tuk-j.heinrich@derpart.de .